

Gemeinde Brunnen

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Brunnen III“

im Parallelverfahren zur 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Brunnen
gem. § 8 Abs. 3 BauGB

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB

1. Berücksichtigung der Umweltbelange

Zur Bewertung der von der Planung berührten Umweltbelange wurde eine Umweltprüfung durchgeführt. Deren Ergebnisse sind im Umweltbericht dargestellt, welcher der Begründung beigelegt ist. Der Eingriff in Natur und Landschaft wird durch die Standortwahl minimiert. Die ausgewiesenen Sondergebiete für Photovoltaik sind auf vergleichsweise gering empfindlichen Acker- und Intensivgrünlandflächen westlich von Gerstetten geplant. Wertvolle Lebensräume sind nicht betroffen.

Auch bzgl. der Schutzgüter Wasser, Boden, Luft liegt keine besondere Empfindlichkeit vor. Die im Randbereich des Geltungsbereiches verlaufenden Gräben wurden in der Planung berücksichtigt und ausreichende Abstände für die Grabenpflege berücksichtigt. Durch die im Randbereich der Flächen angeordneten Ausgleichsflächen mit Heckenpflanzung werden die Rahmenbedingungen für die Einbindung der Anlagen in die Landschaft geschaffen. Gleichzeitig wird auf diesen Flächen der Eingriff in Natur und Landschaft durch die Bereitstellung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ kompensiert. Die Maßnahmen auf den Flächen werden in Vorhaben- und Erschließungsplan sowie im Umweltbericht detailliert.

2. Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Seitens der Öffentlichkeit wurden keine Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht.

Vom Amt für Landwirtschaft und Forsten wurde auf den Verlust von Acker- und Grünlandflächen hingewiesen und ein Haftungsausschluss zugunsten der Bewirtschafter angrenzender landwirtschaftlicher Flächen für Schäden an der Anlage gefordert. Der Bayerische Bauernverband wies ebenfalls auf mögliche Schäden an den Modulen durch die maschinelle Bearbeitung angrenzender Flächen hin und forderte einen Ausschluss der Bewirtschafter der Flächen von der Haftung. Der Flächenverbrauch wurde vom Gemeinderat aufgrund der Vorbelastung auf der Fläche und der Befristung der Nutzung als hinnehmbar beurteilt. Eine entsprechende Haftungsausschlussklärung wurde der Gemeinde vom Vorhabenträger vorgelegt. Weitere Forderungen des Bauernverbandes zur ungehinderten Bewirtschaftung der angrenzenden Flächen waren in der Planung bereits berücksichtigt.

Sowohl das AELF sowie die Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern wiesen darauf hin, dass der Ausgleichsflächen mit dem Rückbau der Photovoltaikanlage ebenfalls entfällt. Da der Bebauungsplan bereits Festsetzungen enthält, dass die Fläche nach der Nutzung als Photovoltaikanlage in ihren Urzustand zurückzusetzen ist, wurden weitere Festsetzungen als nicht notwendig erachtet.

Die Industrie- und Handelskammer regte im zweiten Verfahrensschritt zudem an, festzusetzen, dass nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Diese Festsetzung wurde wie gefordert ergänzt.

Vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege wurde aufgrund der Nähe der Planung zu bekannten Bodendenkmälern gefordert, in die Hinweise aufzunehmen, dass für jegliche Bodeneingriffe eine denkmalschutzrechtliche Erlaubnis notwendig ist. Dem wurde gefolgt.

Die Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde sowie der Regionale Planungsverband wiesen auf die teilweise Lage der Flächen im landschaftlichen Vorbehaltsgebiet hin, die aufgrund der vorhandenen Vorbelastung bei ausreichender Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege jedoch nicht im Konflikt mit den Erfordernissen der Raumordnung steht.

Diesen Belangen wird durch die Eingrünung der Flächen und die Entwicklung eines Pflegekonzeptes für die zukünftigen Extensivgrünlandbereiche Rechnung getragen.

Vom Wasserwirtschaftsamt wurde neben allgemeinen Hinweisen, die zu Kenntnis genommen wurden oder bereits in der Planung beachtet waren, eine Beteiligung des Wasserverband Donaumoos IV und das Freihalten der Pflegestreifen zu den angrenzenden Gräben gefordert. Vom Wasserverband Donaumoos wurde ebenfalls gefordert, dass ein beidseitiger Freihaltestreifen von fünf Metern freizuhalten sei. Dies war in der Planung bereits berücksichtigt. Er wies zudem auf eine gegebenenfalls notwendige Genehmigung für die Errichtung von Überbrückungen der Gräben hin, was aber nicht mehr Gegenstand des Bauleitplanverfahrens war.

Vom Bauamt des Landratsamts Neuburg-Schrobenhausen wurde im ersten Verfahrensschritt eine konkretere Festsetzung zur Ausführung der Einfriedung gefordert, die in die Entwurfsfassung eingearbeitet wurde.

Die Forderungen der Unteren Naturschutzbehörde im Rahmen des ersten Verfahrensschrittes nach der Festsetzung einer leguminosefreien Saatgutmischung und Anpassungen an der Artenauswahl und im Rahmen des zweiten Verfahrensschrittes nach einer Konkretisierung der festgesetzten Heckenpflege wurden ebenfalls eingearbeitet.

Von der Deutschen Bahn AG wurde neben Hinweisen zur Sicherheit des Bahnbetriebes eine Haftungsfreistellung für Schäden an den Anlagen durch den Bahnbetrieb gefordert. Eine entsprechende Haftungsausschlussklärung wurde der Gemeinde vom Vorhabensträger vorgelegt.

Der Landesbund für Vogelschutz Neuburg verwies im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung auf das Donaumoosentwicklungskonzept und gab an, dass im Bereich der Planung ein Rückhalteraum für Hochwasserereignisse festgesetzt sei. Dies erwies sich als nicht richtig, da diese Flächen nur weiter nordöstlich festgesetzt sind.

Der Hinweis der Jagdgenossenschaft Brunnen, dass eventuell beschädigte Wege wieder fachgerecht in Stand gesetzt werden müssen, war bereits berücksichtigt.

Weitere Stellungnahmen mit Hinweisen wurden von der LEW Verteilernetz GmbH, der Deutschen Telekom Technik GmbH und der Immobilien Freistaat Bayern, Regionalvertretung Augsburg/Büro Ingolstadt abgegeben. Diese enthielten nur allgemeine Hinweise und waren zur Kenntnis zu nehmen.

3. Abwägung anderer Planungsmöglichkeiten

Gemäß LEP 6.2.1 (Z) „Erneuerbare Energien“ sind erneuerbare Energien verstärkt zu erschließen und zu nutzen. Laut 6.2.3 (G) sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. Flächen mit einer solchen Vorbelastung sind in der Gemeinde Brunnen vor allem entlang der Bahnlinie gegeben. Die überplanten Flächen befinden sich auf Flächen ohne besondere Empfindlichkeit gegenüber der Nutzung als Photovoltaikanlagen. Da sie zudem im Gegensatz zu vielen anderen Flächen entlang der Bahn nur geringe Auswirkungen auf angrenzende Siedlungsflächen vorweisen sowie ein Anschluss an bereits bestehende Photovoltaikanlagen besteht, ist die Planung mit den Zielen einer geordneten städtebaulichen Ordnung vereinbar.

Aufgestellt:

Brunnen, den **17. Juli 2019**



Thomas Wagner, 1. Bürgermeister